



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/38 - 14.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die steckengebliebene Polizeireform	S. 1
KP-Führerschwind in Finnland	S. 3
Verfeinerter Kulturkampf	S. 4

Die Polizeifrage in Nordrhein-Westfalen

rw, Düsseldorf

Seit Jahren wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Polizeiaufbau gefordert. Das von den Briten errichtete Polizeisystem der aufgesplitterten Polizeisouveränitäten wird ziemlich allgemein als auf die Dauer untragbar abgelehnt. Über die neue Form des Polizeiaufbaus und der Polizeizuständigkeiten aber scheint in diesem grössten deutschen Land keine Klarheit zu gewinnen sein.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in dieser Frage eine bedenkliche Schwäche gezeigt, weder die CDU als die verantwortliche Regierungspartei noch das Kabinett Arnold konnte sich bisher aus diesem Dilemma befreien. Gut zwei Jahre bereits sind vergangen, seit die SPD und mit ihr dann auch die FDP ihre Polizeigesetzentwürfe vorlegten. Der SPD-Entwurf beruhte darauf, dass die Polizei in klaren Weisungen von oben nach unten verantwortlich gelenkt werden müsse, wobei der Selbstverwaltung in den verschiedenen Stufen eine brauchbare Grundlage gegeben werden sollte. Die Landesregierung fügte den beiden Parteientwürfen einen eigenen bei, nachdem Gemeinden und Gemeindeverbände die eigentlichen Träger der Polizei blieben.

Mit den drei Gesetzentwürfen hatte sich dann ein für die Polizeifragen gebildeter Parlamentsunterausschuss zu beschäftigen. Aber praktisch geschah nichts. Dann entwickelte eines Tages

Ministerpräsident Arnold in diesem Ausschuss Polizeivorstellungen, die in mehr als einem Punkt dem Regierungsentwurf genau entgegengesetzt waren. Er verlangte eine staatliche Polizei, die vor allem auf das Moment der Gefährdung der Sicherheit im politischen Bereich ausgerichtet sein müsse und daher Landesangelegenheit sein solle. "Ich komme zu dem Ergebnis, dass wir unter den heutigen Verhältnissen auf eine staatliche Polizei nicht verzichten können, und dass wir diese Polizei so organisieren müssen, dass sie ein Höchstmass an Schlagkraft besitzt". Zumindest in diesem Augenblick muss es dem Ministerpräsident klar gewesen sein, dass die Polizei im gegenwärtigen Stadium ihrer Zersplitterung und Unübersichtlichkeit die gewünschte Schlagkraft nicht besitzt. Der Ausschuss billigte darauf der Regierung die Möglichkeit zu, sich den neuen Polizeiaufbau noch einmal zu überlegen.

Der neue, vierte Entwurf, der dann vorlag, bildete an sich eine brauchbare Arbeitsgrundlage für die weiteren Beratungen. Aber niemand trat voll und offen für ihn ein. Der verantwortliche Innenminister sprach von dem "Privatentwurf" eines Beamten in seinem Ministerium. Auch die CDU, deren Fraktionsvorsitzender Jönen den Entwurf mit wenigen Worten dem Landtagspräsidenten übersandt hatte, war offensichtlich nicht ganz für den Entwurf zu gewinnen. Schliesslich erklärte der Ministerpräsident, das Kabinett stehe hinter dem Entwurf. Aber das Kabinett zog trotzdem seinen ersten Entwurf nicht zurück und im Plenum des Landtages dementierte dann der zuständige Innenminister seinen Ministerpräsidenten: plötzlich war das Ganze wieder nur ein Privatentwurf, der als bald vom Innenminister wieder zurückgezogen wurde. Der Unmut Arnolds richtete sich aber seltsamerweise gegen die SPD, die pflichtgemäss die ganze verworrene Situation klären wollte.

So ist der Landtag von Nordrhein-Westfalen nach mehr als zwei Jahren in der Polizeifrage wieder genau dort angekommen, wo er zu Anbeginn stand. Und niemand aus dem Regierungslager weiss eine Antwort darauf, wie es weitergehen soll. Eine brennend wichtige Frage stagniert obwohl der Mann, der nach der Verfassung von Nordrhein-Westfalen die Richtlinien der Politik bestimmen soll, klar zum Ausdruck gebracht hat, dass der heutige Aufbau der Polizei nicht seinen Richtlinien und Anschauungen entspricht.

Der Moloch vor dem Eisernen VorhangFührerauszeichnung in der finnischen KP

AP. Ein Mitarbeiter von "Arbeidernes Pressekontor" (Oslo) hat kürzlich die Führerauszeichnung der KP in Finnland untersucht. Wollte man ein vollständiges Verzeichnis aller "Alten Bolschewisten" aufstellen, die seit Mitte der 1930er Jahre "liquidiert" worden sind, dann ergäbe sich eine Liste von ansehnlicher Länge. Die systematische Ausrottung der Gründer von kommunistischen Parteien und von Lenins getreuesten Schülern beschränkt sich nicht auf die Länder hinter dem "Eisernen Vorhang". Was die finnische KP betrifft, so lebt von allen prominenten KP-Führern im Lande der zehntausend Seen nur noch Otto Kuusinen.

Edvard Gylling war mit Kuusinen und Kullervo Manner Gründer der kommunistischen Partei Finnlands; Lenin hatte großes Vertrauen zu ihm und übertrug ihm die Führung in Sowjet-Karelien. Nach dem Tode Lenins währte das noch einige Jahre, aber im September 1935 wurde Gylling von seinen Parteipflichten "freigestellt", und etwas später wurden ihm alle Vertrauensposten genommen. Auf einer Vortragsreise durch ganz Finnland mußte er seine "Fehlritte" öffentlich bekennen. Erst danach wurde er von der GPU nach seiner Rückkehr ins Sowjetreich verhaftet, und man hat nichts mehr von ihm gehört.

Kullervo Manner, Gyllings bester Freund und Mitarbeiter, war lange Jahre Mitglied des Zentralkomitees. Er wurde von der GPU verhaftet, weil er nähere Erklärungen für einige Eingriffe Stalins verlangte. Er büßte seinen Mut in verschiedenen Arbeitslagern und starb schließlich im Karhumäki-Lager an Überanstrengung. Der Chef der Roten Garde im finnischen Bürgerkrieg 1918, Fero Haapalainen, der immer furchtlos sein Leben im Kampf für die sozialistische Idee eingesetzt hatte, wurde schamlos im "geheiligten Namen des Sozialismus" zum Tode verurteilt.

Als Lenin sich 1917 in Helsingfors verbarg, wachte Kustaa Rovio persönlich über seine Sicherheit. Während des finnischen Bürgerkriegs war Rovio Chef der Volksmiliz in Helsingfors, später wurde er Sekretär im Distriktkomitee der KP von Sowjet-Karelien. Die GPU verhaftete

ihn 1937 und seitdem ist er verschwunden. Urho Usenius verberg 1917 Lenin in seinem Heim in Helsingfors. Man verlor jede Spur von ihm, nachdem er während eines Aufenthaltes in der Sowjet-Union 1935 verhaftet worden war. Usenius war ein angesehener Wirtschaftstheoretiker und gehörte zur älteren Generation des finnischen Kommunismus.

Als Lenin sich im Jahre 1917 auch in Viborg aufhielt, wurde er von Lyyli Latukka begleitet und bewacht. Latukka ging nach Sowjetrußland, als die finnische KP illegal wurde; man ernannte ihn zum Professor an der Universität für nationale Minderheiten in Leningrad. Dort wurde er 1937 verhaftet und blieb seither verschollen. - In dieser Liste fehlen eine ganze Reihe von Namen, die eigentlich hierher gehörte.

Stalin hat erreicht, was er mit der Liquidierung der alten Revolutionäre und Parteigründer bezweckte: Die Zerstörung des alten Kerns der kommunistischen Bewegung in Finnland. Er hat sich dafür eine Gruppe von Kommunisten geschaffen, die ohne Widerspruch alle Parolen von Moskau ausführen. Was seither hinter dem vorgeschobenen Eisernen Vorhang sich immer wieder wiederholte, ist in Finnland vorexerziert worden.

+ + +

Verfeinerter Kulturkampf

F.B. Wenn alle Anzeichen nicht trügen, dann werden wir auch im kommenden Bundestagswahlkampf nicht von den Auswüchsen verschont bleiben, die man gemeinhin Kulturkampf nennt. Das Ziel wird das gleiche bleiben, nämlich die Sozialdemokratie als religions- und kirchenfeindlich zu verleumden, während die Methoden anscheinend regional abgestimmt und verfeinert werden sollen. Diese neue Taktik dürfte nicht zuletzt das Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen sein, bei denen die SPD breite Breschen in die CDU-Hochburgen am Niederrhein schlagen konnte, weil die Kinderschreckmethoden vom SPD-Anti-ohrist die gläubigen Christen geradezu angewidert haben.

In Nordrhein-Westfalen richtet sich darum der Hauptstoß nicht gegen die SPD, sondern gegen die Gewerkschaften, weil man sich der Hoffnung hingibt durch die Trennung der Arbeiterschaft vom Versagen

der CDU und der Verleugnung des Ahlener Programmes ablenken zu können. Nachdem alle anderen Mittel, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, fehlgeschlagen sind, wird jetzt das Ammenmärchen von der zwangsweisen Errichtung der Einheitsgewerkschaften durch ein Diktat der Besatzungsmächte aufgetischt. Selbst die eindeutigen Aufklärungen des aus dem katholischen Lager kommenden stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Mattias Föcher auf der DGB-Landeskonferenz in Dortmund haben die Erzbischöfe Jäger und Berning nicht daran gehindert, diese Behauptung erneut zu wiederholen. Dabei haben sich die Vorgänge genau umgekehrt abgespielt. Wir glauben nicht, daß dieser Kampfesweise ein Erfolg beschieden sein wird, denn die Einheitsgewerkschaften sind nach 1945 aus der Erkenntnis der Arbeiterschaft entstanden, daß nur die Einheit den Erfolg sichert, und diese Erkenntnis hat in den Jahren nur an Boden gewonnen.

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hat sich der Kulturkampf ganz auf das Schulgebiet verlagert. In Rheinland-Pfalz wird die Simultanschule mit Hilfe der CDU/FDP-Regierung zerschlagen, obwohl sich die Eltern bei Abstimmungen mit fast 80prozentiger Mehrheit dagegen ausgesprochen haben; in Württemberg-Baden wird die Regierung wütend bekämpft, weil sie die Simultanschule, die beispielsweise in Südbaden schon seit 77 Jahren besteht und im früheren Lande Württemberg-Hohenzollern erst nach 1945 mit einfacher Mehrheit abgeschafft wurde, in der Verfassung verankert werden soll.

Die grobschlächtigen Methoden des Kulturkampfes hält man hingegen nur noch in Bayern für erfolgreich. Wie aus der Mottenkiste mutet beispielsweise an, was Dr. Hans Rost am 7. Februar in der "Deutschen Tagespost", Regensburg, die sich als unabhängig bezeichnet, schreibt:

"Obenan steht die Erkenntnis, daß die SPD als Vorläuferin des drohenden sozialistisch-kommunistisch-antichristlichen Weltbolschewismus die Feindin des christlichen Abendlandes ist. Die SPD hat schier ein Jahrhundert hindurch das Christentum in gehässigster Weise bekämpft. Sie hat den reinen Materialismus, den Atheismus, Haeckelismus, das Märchen von der Selbsterlösung, die Fata morgana vom sozialistischen Zukunftsstaate zur Grundlage ihrer Weltanschauung gemacht und damit Millionen von Menschen um das Glück ihres christlichen Glaubens betrogen".

Auf solcher Ebene der Diskussion ist argumentieren sinnlos. Auch in Bayern werden solche Methoden den gleichen Schiffbruch erleiden wie in Nordrhein-Westfalen. Eine Aufklärung aber können wir uns nicht versagen, da Regensburg sehr weit von Bonn entfernt ist und die Nachrichtenübermittlung im christlichen Lager offenbar nicht funktioniert. Daß die Bundesrepublik noch keinen Botschafter beim Vatikan ernannt hat, ist nicht die Schuld der Sozialdemokratie, wie es die "Deutsche Tagespost" ihren Lesern weismachen will. Außenminister der Bundesrepublik ist zur Zeit noch Bundeskanzler Dr. Adenauer, dem selbst wir nicht unterstellen würden, daß er sich vom "großen christlichen Entscheidungskampfe" ausschließen will.